

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. postfrei. Briefwechsel. Die nächste Nummer folgt in 14 Tagen.

Briefetal-Bote

Angaben werden in der Redaktion. Briefumschläge, Poststempel etc. 5 und von allen in möglichem Maße ankommen. Die nachgelieferten Postgebühren. Folgt 25 Pfennig, die Restsumme 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Dr. 186

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Sonnabend, den 26. November 1927

Postfachkonto: Berlin 62 448.

26. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Eine Briefe als gelunden und ein Fortemnonale mit Inhalt als verloren gemeldet.

Birtenwerder, den 25. November 1927.

Der Amtsvorsteher. B i e r e r.

Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Viehählung.

Gemäß den Bekanntmachungen vom 18. Juli 1912, 4. Dezember 1912 und 30. Januar 1917 nebst weiteren Erweiterungen führt am 1. Dezember 1927 im Deutschen Reich eine Viehhählung her, die sich auf Pferde, (ohne Mählpferde), Maultiere, Maultier, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Ferkel und Wenzelbäcker erstreckt. Mit der Viehhählung ist eine Hählung der Hauswirtschaften, soweit sie der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschau nicht unterliegen haben, verbunden. Die Erhebung der Hauswirtschaften erstreckt sich auf die in der Zeit vom 1. Dezember 1926 bis Ende November 1927 geschlachteten Rinder, Kühe, Schafe, Schweine und Ziegen. Sie erstreckt sich also auch auf die Hauswirtschaften von Schweinen, bei denen nur die Trichterschalen, nicht aber die Fleischbeschau ausgeführt ist.

Auf Grund des § 2 der genannten Bekanntmachungen vom 30. Januar 1917 wird in Bezug auf die Viehhählung bei den Pferden, Rindern, Schafen und Kaninchen durch Zuzugfragen erweitert. Die Ergebnisse der Hählung dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken, insbesondere der Erkenntnis der Lage der Landwirtschaft und der Viehzucht.

Die in den Hählbeschlüssen aufgenommenen Angaben über den Viehbestand und die Schlachtungen der einzelnen Haushaltungen dienen nicht für Zwecke der Steuererhebung verwendet werden. Über diese Angaben ist vielmehr das Amtsgericht in zu wahren. Ihre Benutzung für die Verbindung der Viehversicherungsbeiträge ist jedoch zulässig, da diese nicht als Steuererhebung gelten.

Wer vorläufig eine Anzeige, zu der er auf Grund der oben erwähnten Bekanntmachungen angefordert wird, nicht erstattet oder wesentlich unrichtliche und unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehnmal dem Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen“ erklärt werden.

Ich erwarte, daß die Veröfentlichung die Hähler bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Möglichkeit unterstützt.

Die Staatsförderverwaltung gibt an Minderbemittelte, Rentenempfänger, Erwerbslose, Reichs, Holz zur Selbstvermehrung ab.

Zusendung erfolgt durch Herrn Hofrath Käsbahn am Sonnabend, 26. d. Mts. vorm. 6 1/2 Uhr im Holzschlag hinter dem Gutsortsweg. Treffpunkt am Samstags Nachts.

Birtenwerder, den 25. November 1927.

Der Gemeindevorsteher. B l a n k.

— Im englischen Unterhaus kam es bei der Ausschussberatung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz zu großen Jämlichkeiten, in deren Verlauf vier Mitglieder der Arbeiterpartei ausgeschloffen wurden.

— Der Wasserstand der Elbe ist wieder normal.

— Aus zuverlässiger Quelle wird jetzt bestätigt, daß sich der forschungsreisende Wilhelm Filchner unter den von Eisbetanern in Naghula angehaltenen und nach Salsatz geführten Fremden befindet.

Ministerpräsident Bratianu 1.

Neubildung des Kabinetts unter seinem Bruder.

Ueberraschend kommt aus Bukarest die Kunde von dem Tode des Ministerpräsidenten Bratianu, von dessen Erkrankung an einer Mandelentzündung man eben erst gehört hatte. Mittwoch abend war noch gemeldet worden, daß sich Bratianu einer „leichten“ Operation unterziehen mußte, wobei noch hinzugefügt wurde, daß der Allgemeinzustand gut sei; aber schon Donnerstag früh gegen 7 Uhr trat der Tod ein. Bei der gespannten politischen Lage in Rumänien kann der plötzliche Tod des allmächtigen Ministerpräsidenten weittragende Folgen haben. Der Regenschafsrat hat sich deshalb bemüht, gar nicht erst eine Kabinettskrise aufkommen zu lassen. Eine Meldung aus Bukarest besagt:

Das Kabinettsrat ist sofort zurückgetreten. Der Regenschafsrat hat den Finanzminister Vintila Bratianu beauftragt, ein neues Kabinettsrat zu bilden, das die gleiche Zusammensetzung wie das bisherige hat. Die Minister sind bereits vereidigt worden.



Joan Bratianu.

Kammer und Senat traten Donnerstag nachmittag zu einer Trauerkundgebung zusammen. Die Trauerfeierlichkeiten für Bratianu finden am Sonntag statt. Ueber

die Krankheit Bratianus

wird berichtet: Bratianu litt an einer beiderseitigen eiterigen Halsentzündung. Mittwoch vormittag 11 Uhr waren infolge der Halsentzündung Entzündungsanfalle aufgetreten, so daß die Ärzte an die Vornahme einer Operation schreiten mußten.

Es wurde dem Patienten eine Kanüle eingeführt, um ihm die Atmung zu ermöglichen. Abends gegen 8 Uhr verschlimmerte sich der Zustand des Patienten von neuem, so daß die Ärzte eine zweite Operation vornehmen mußten, wonach zunächst leichte Besserung eintrat. Kurz darauf ergab sich aber, daß das Leben des Patienten nicht mehr zu retten war, da die Infektion, die zuerst lokaler Natur war, ins Blut übergegangen war.

Die Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden des Ministerpräsidenten Bratianu wurde in Bukarest durch Sonderausgaben der Blätter, die um 8 Uhr morgens ausgegeben wurden, alsbald bekannt. Die ersten Symptome der Krankheit hatten sich am Sonntag abend nach der Rückkehr Bratianus von der Einweihung des Hauses vom Roten Kreuz gezeigt.

Das Erbe Bratianus.

Es bleibt abzuwarten, ob Vintila Bratianu imstande sein wird, das rumänische Staatsgeschäft im Sinne seines Bruders Joan weiterzuführen. Der neue Ministerpräsident ist bisher wenig hervorgetreten. Seinen Posten als Finanzminister verbandte er wohl vor allem dem Einfluß seines Bruders, und auch jetzt war es wohl nur sein Name, dem er seine Berufung auf den Posten des Ministerpräsidenten zu verdanken hat.

Es mochte allerdings auch schwer sein, sich gegen die Diktaturnatur Joan Bratianus durchzusetzen. Dieser war schon zu Lebzeiten des alten Königs Carol der allmächtige Hausmeister, dem sich kein Mitglied des königlichen Hofes widersetzen durfte. Gegen den Willen des Königs Carol erzwang er zu Beginn des Weltkrieges zunächst die Neutralität Rumäniens, das nach den bestehenden Abmachungen verpflichtet gewesen wäre, an der Seite der Mittelmächte in den Krieg einzutreten. Zwei Jahre später, am 27. August 1916, legte er es dann auch durch, daß Rumänien sich den Feinden der Mittelmächte offen angeschlossen. Für Rumänien hatte das zunächst recht üble Folgen, aber der Endausgang des Weltkrieges hat dann Bratianus Politik gerechtfertigt, und seine Stellung wurde dadurch noch befestigt.

In der Nachkriegszeit trat die Machtstellung Bratianus besonders hervor bei Gelegenheit des Thronverzichtes des Prinzen Carol und den sich daraus ergebenden Wirren. Gegen den Willen der herrschsüchtigen Königin Maria hatte Bratianu die Einsetzung eines Regenschafsrates durchgesetzt. Aber dieser Regenschafsrat war nur eine Attrappe, der wahre Herrscher war Bratianu. In letzter Zeit wurde seine Stellung indessen immer schwieriger. Das freisprechende Urteil im Prozeß Manolesco bedeutete eine schwere Niederlage, und von den Mitgliedern des Regenschafsrates schien Prinz Nikolaus, der jüngere Bruder Carols, auch nicht mehr in allem folgen zu wollen. Es ist deshalb eine schwierige Erbschaft, die Bratianu seinem Bruder hinterlassen hat. Vintila Bratianu wird erst zu zeigen haben, ob er in stande sein wird, in dem Intrigenpiel, das jetzt in verärfertem Maße begonnen wird, mit Erfolg zu operieren.

Joan Bratianu wurde am 20. August 1864 als Sohn des 1891 verstorbenen Staatsmannes gleichen Namens geboren. Er widmete sich zunächst den Ingenieurwissenschaften, trat aber schon früh politisch hervor. Seit 1896 Abgeordneter, wurde er 1897 Finanzminister. 1910 übernahm er die Leitung der liberalen Partei und wurde gleichzeitig Ministerpräsident. 1913 zwang er Bulgarien zur Abtretung der Dobrudscha. Die Rolle, die Rumänien damals spielte, war ebenso wenig rühmlich, wie nachher im Weltkrieg — aber erfolgreich.

Vom Oberschlesischen Schulkrieg.

Calonder greift ein.

Wie aus Kattowitz berichtet wird, wurden im November 1925 44 Anträge auf Errichtung der deutschen Minderheitsschule in Girkatowitz eingereicht. Sechs Monate später wurden die Antragsteller vor die Wojwodschaf geladen und nach ihrer Muttersprache befragt. Hierbei erklärten sie meistens, daß sie deutsch und polnisch als ihre Muttersprache ansehen. Auf Grund dieser Feststellung der Wojwodschaf wurden nur 4 Anträge für gültig, 38 für ungültig erklärt; zwei waren inzwischen zurückgezogen worden.

Der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, hat jetzt dahin entschieden, daß dieses Verfahren der Wojwodschafbehörde als ein Versuch zu betrachten sei, einen Druck auf die deutsche Minderheit auszuüben, die ohnehin schon einem schweren Kampfe durch die polnischen Behörden ausgesetzt sei. Ferner erblickt der Präsident aber auch eine Beeinflussung darin nach Art. 106 der Genfer Konvention und bestimmt daher, daß die Minderheitsschule in Girkatowitz unverzüglich zu eröffnen und ihm davon Mitteilung zu machen sei. Calonder stellte sich bei dieser Gelegenheit auf den grundsätzlichen Standpunkt, daß bei der Anmeldung zur Minderheitsschule lediglich die subjektive Erklärung des Erziehungsbedürfnisses erforderlich sei.

Um das Asylrecht.

Aus dem Reichstag.

— Berlin, 24. November 1927.

Der Reichstag erlebte zunächst in allen drei Lesungen eine Novelle zum Telegraphengesetz, durch die das Telegraphenrecht den Bedürfnissen der Funktelegraphie angepasst werden soll.

Es folgte die erste Beratung des Entwurfs eines Auslieferungsgesetzes.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) betonte, seine Partei habe schon seit Jahren ein Verlangen über das Auslieferungsgesetz geäußert. Der vorliegende Entwurf sei in vielen Bestimmungen begrifflich schwer, andere Bestimmungen müßten im Rechtsausfluß verbessert werden. Das gelte besonders für die in der Vorlage nicht genau genug gegebene Begriffsbestimmung der politischen Straftaten.

Abg. v. Freytag-Horinghoben (Dntk.) hält eine genauere Durchprüfung des Entwurfs im Rechtsausfluß für notwendig. Ein ausgezeichneter Material dafür seien die Verhandlungen der drei skandinavischen Staaten. Reichsjustizminister Herzog hob die Notwendigkeit des zurechtfindenden Regelens des Auslieferungswesens hervor. Die

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Unter dem Hüftgürtelbande der Frau Ww. Amalie Sadom verschiedl. Wiltelms. ist die

ausgebrochen, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. Bergfelde, den 25. November 1927.

Der Amtsvorsteher. V o r s.

Hohen Neuendorf

Der stellv. Gemeindevorsteher macht bekannt:

Nachtrag

zu der Ordnung über die Erhebung von Beiträgen zu den durch Straßen- und Viehanlagen in der Gemeinde Hohen Neuendorf entstehenden Kosten vom 29. November 1911.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 17. Oktober 1927 wird gemäß § 6 der Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891 und der §§ 1, 4, 69, 77, 87 und 90 des Kommunal-Verordnungs-Gesetzes vom 14. Juli 1893/26. August 1921 zu obiger Ordnung folgender Nachtrag erlassen:

I. § 8 Absatz 2 erhält nachstehende neue Fassung:

Auf Antrag sind die untergeordneten eigenen Bestellungen einer Hypothek zu fundus. Als ausreichende Sicherheit wird die Bestellung innerhalb von 60 p. H. des Grundstückswertes (Wert des Grund und Bodens und der Gebäude) angefordert.

II. Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Was gibt es Neues?

- Der preussische Ministerpräsident Braun stattete am Donnerstag dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held einen Besuch ab.
- Das deutsch-polnische Abkommen über die Saisonarbeiter wurde in Warschau unterzeichnet.
- Die russischen Delegierten für die Vorbereitende Abrüstungskommission trafen am Donnerstag auf der Durchreise nach Genf in Berlin ein.
- Der Streik in der saarländischen Schwerindustrie ist beigelegt.
- Der Bayerische Landtag genehmigte die Strafverfolgung des nationalsozialistischen Nürnbergberger Abgeordneten Reichler wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters von Nürnberg, Wuppe.
- Nach einer Verfügung des Reichspostministeriums werden die Fernpredigebühren im Verkehr mit England vom 1. Dezember d. J. um durchschnittlich 25 p. H. ermäßigt werden.